Zeitleiste 1945–2019

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Die Europäische Union

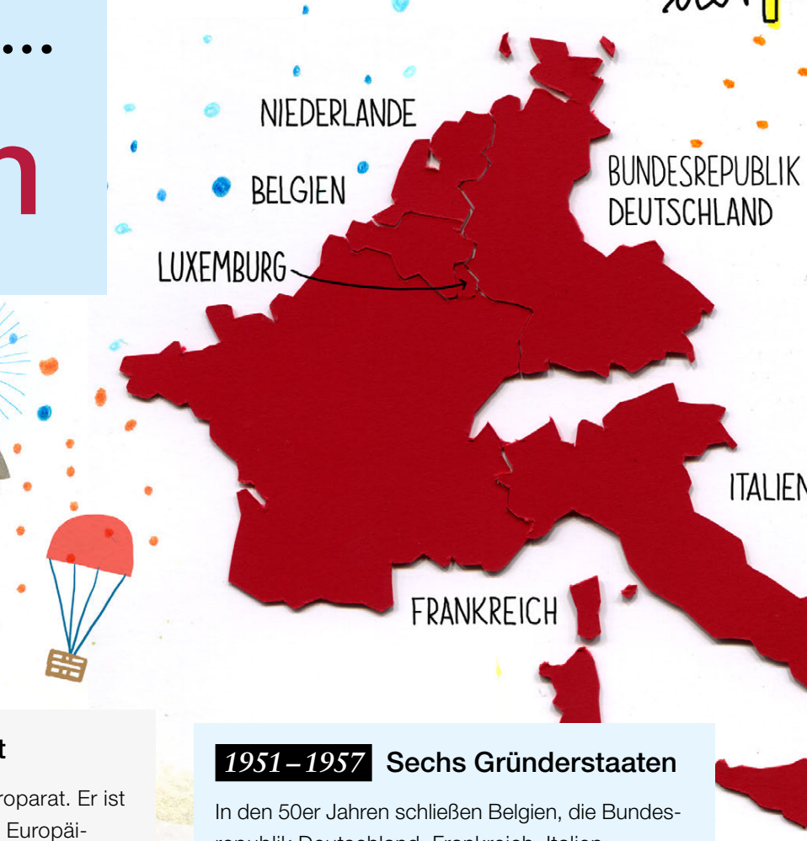
08.05.1945 Kriegsende
Bedingungslose Kapitulation der deutschen Wehrmacht: Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa.

19.06.1946 Aufruf
Der frühere britische Premierminister Winston Churchill ruft in Zürich zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa auf.

05.06.1947 Marshallplan
Der Marshallplan (Wiederaufbauprogramm) verpflichtet die europäischen Länder zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit.

04.04.1949 NATO
Zwölf Länder unter Führung der USA bilden das Nordatlantische Verteidigungsbündnis (NATO).

05.05.1949 Europarat
Zehn Staaten gründen den Europarat. Er ist keine Einrichtung der späteren Europäischen Union, sondern ein eigenständiges Gremium mit heute 47 Mitgliedern.



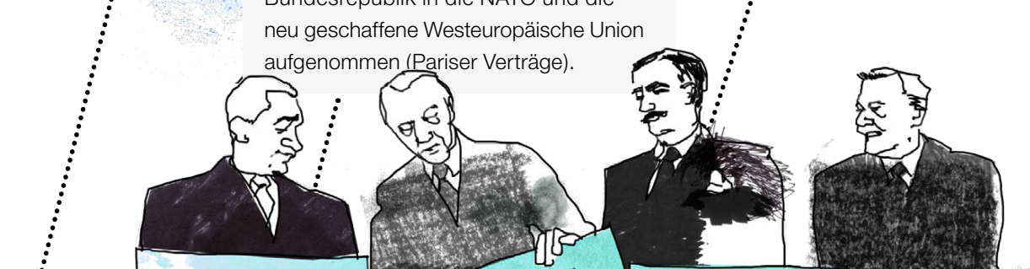
1951–1957 Sechs Gründerstaaten
In den 50er Jahren schließen Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande drei europäische Abkommen: die Montanunion, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (EAG). Aus der anfänglichen Kerngemeinschaft von sechs Staaten entwickelt sich nach und nach die heutige EU.

03.09.1953 Menschenrechtskonvention
Die „Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten" des Europarats tritt in Kraft.

1 Verpflichtung zur ACHTUNG der MENSCHENRECHTE
2 RECHT auf LEBEN
3 VERBOT DER FOLTER
4 VERBOT DER SKLAVEREI und DER ZWANGSARBEIT
5 RECHT auf FREIHEIT UND SICHERHEIT
6 RECHT auf ein FAIRES VERFAHREN
7 KEINE STRAFE ohne GESETZ
8 RECHT AUF ACHTUNG DES PRIVAT- UND FAMILIENLEBENS
9 GEDANKEN-, GEWISSENS- und RELIGIONSFREIHEIT
10 FREIHEIT der MEINUNGSÄUSSERUNG
11 VERSAMMLUNGS- und VEREINIGUNGSFREIHEIT
12 RECHT AUF EHESCHLIESSUNG
13 RECHT auf WIRKSAME BESCHWERDE
14 DISKRIMINIERUNGSVERBOT
15 ABWEICHUNG IM NOTSTANDSFALL

PARIS

23.10.1954 Pariser Verträge
Nach dem Scheitern der EVG wird die Bundesrepublik in die NATO und die neu geschaffene Westeuropäische Union aufgenommen (Pariser Verträge).

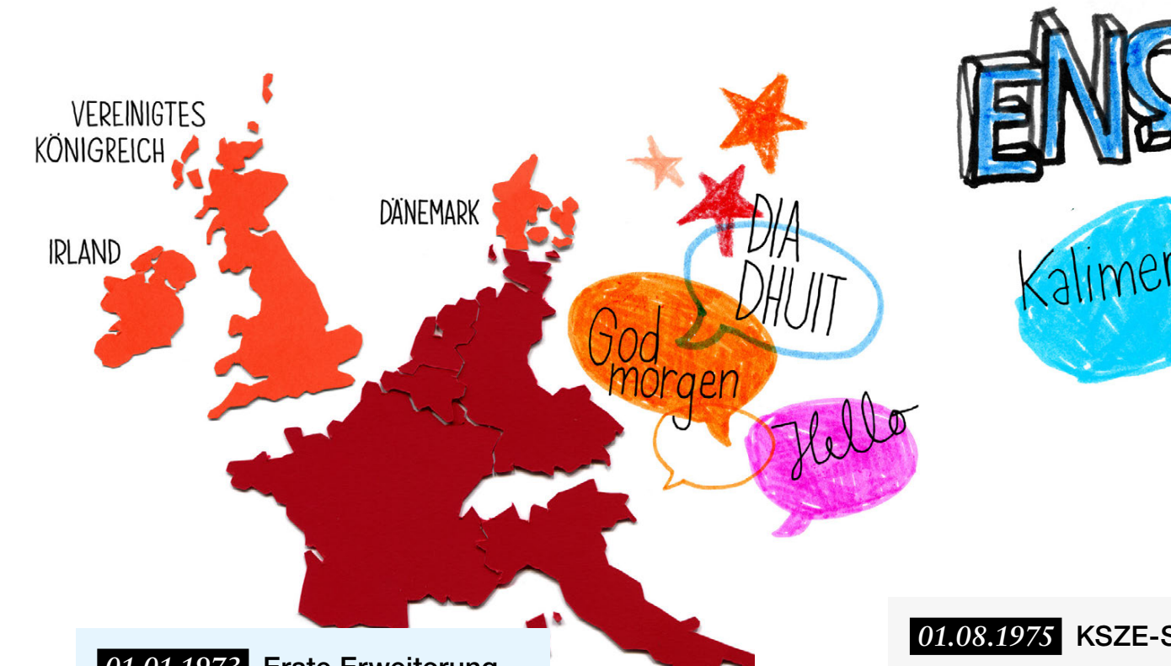


1956 Aufstände
In den kommunistisch regierten Ostblockländern Ungarn und Polen werden die Aufstände für demokratischen Veränderungen blutig niedergeschlagen.

04.01.1960 Handel
Die Europäische Freihandelszone (EFTA) wird als Gegengewicht für Länder gegründet, die sich nicht der EWG angeschlossen haben.

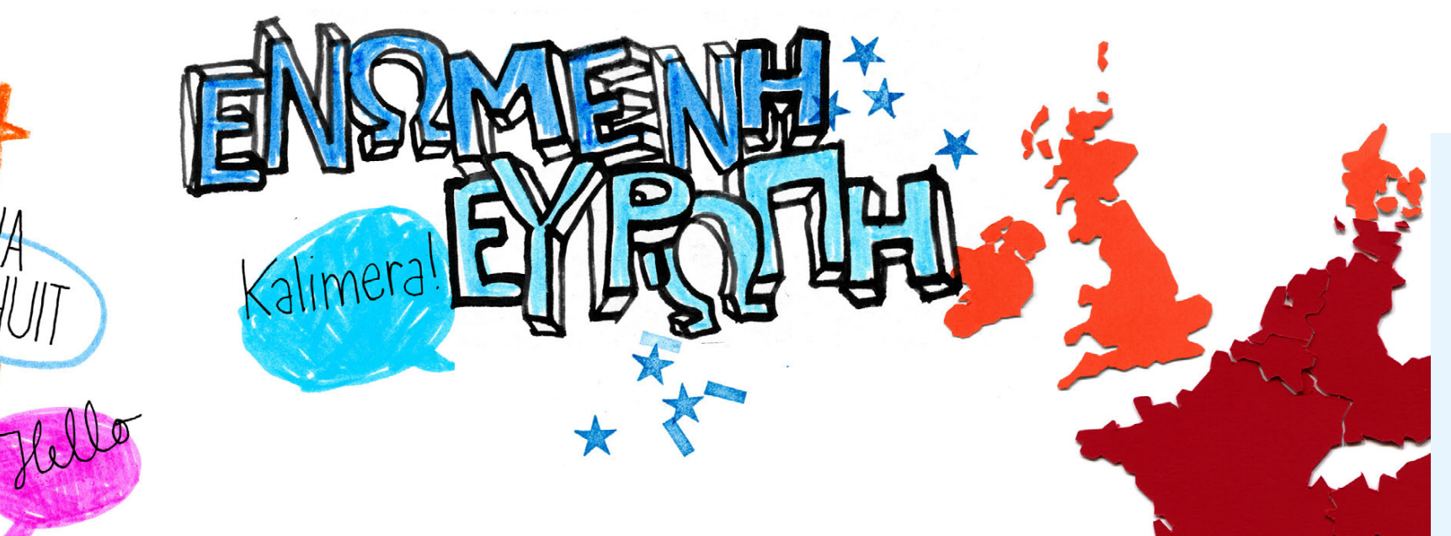
1968 Prager Frühling
Die Reformbewegung in der Tschechoslowakei wird durch Truppen des „Warschauer Pakts" (Militärbündnis der Ostblockländer) gewaltsam niedergeschlagen.

01.03.1972 InterRail
Mehrere europäische Eisenbahngesellschaften bieten eine Zugfahrkarte zum Pauschalpreis an, die es jungen Leuten ermöglicht, einen Monat lang preisgünstig durch Europa zu reisen. Seit 2017 können sich 18-jährige Europäer⚥ bei der EU bewerben, um kostenlos durch Europa zu reisen.



01.01.1973 Erste Erweiterung
Großbritannien, Irland und Dänemark treten der Europäischen Gemeinschaft bei.

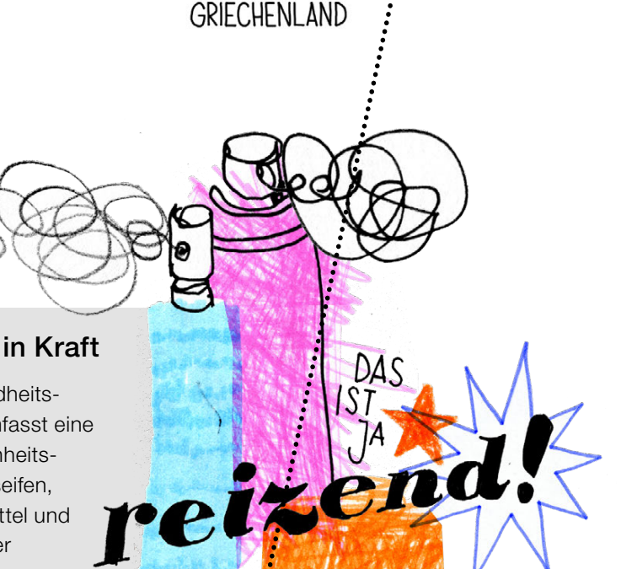
Die Norweger⚥ lehnen in einer Volksabstimmung am 25.09.1972 den bereits ausgehandelten EG-Beitritt ihres Landes ab.

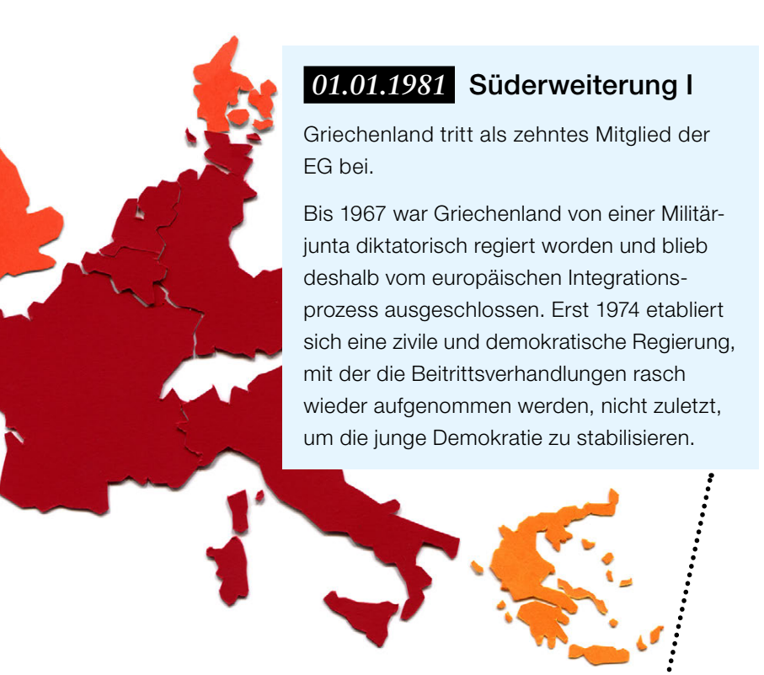


01.08.1975 KSZE-Schlussakte
33 west- und osteuropäische Staaten sowie die USA und Kanada verabschieden angesichts der Blockkonfrontation, die Europa in Ost und West spaltet, in Helsinki die Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Danach garantieren die Unterzeichnerstaaten die Menschenrechte, die Selbstbestimmung und Gleichberechtigung der Völker, den Verzicht auf Gewaltanwendung, die Unverletzlichkeit der Grenzen und die friedliche Regelung von Streitigkeiten.

STAATSRATSVORSITZENDER DER DDR ERICH HONECKER
BUNDESKANZLER DER BRD HELMUT SCHMIDT

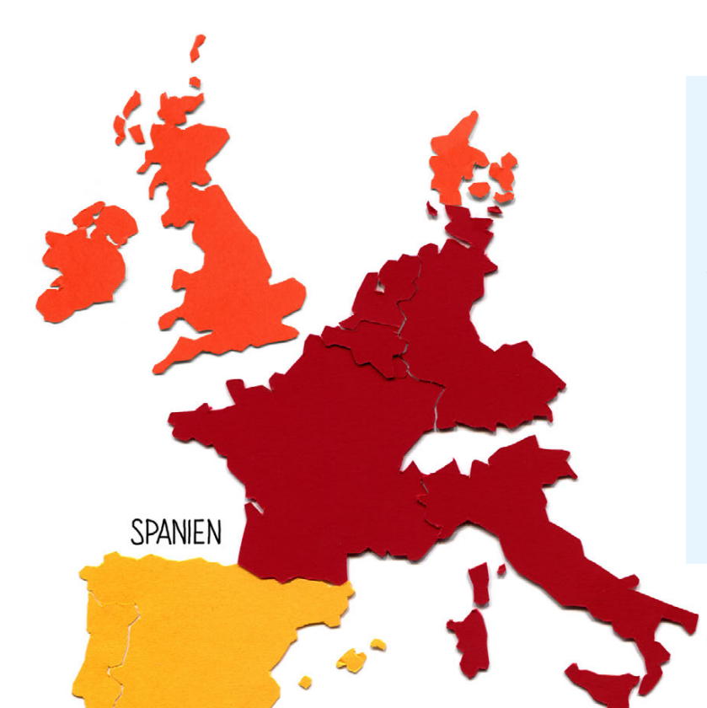
27.07.1976 Die „Kosmetikrichtlinie" tritt in Kraft
Die EG-Kosmetikrichtlinie soll ein hohes Maß an Gesundheitsschutz garantieren. Der Begriff „Kosmetische Mittel" umfasst eine große und vielfältige Warengruppe, einschließlich Schönheitsmasken, Schminkgrundlagen, Gesichtspuder, Toilettenseifen, Parfums, Bade- und Duschzusätze, Haarentfernungsmittel und Desodorantien. Am 11.07.2013 wird die Richtlinie von der „Kosmetikverordnung" abgelöst.


DAS IST JA reizend!



01.01.1981 Süderweiterung I
Griechenland tritt als zehntes Mitglied der EG bei.

Bis 1967 war Griechenland von einer Militärjunta diktatorisch regiert worden und blieb deshalb vom europäischen Integrationsprozess ausgeschlossen. Erst 1974 etabliert sich eine zivile und demokratische Regierung, mit der die Beitrittsverhandlungen rasch wieder aufgenommen werden, nicht zuletzt, um die junge Demokratie zu stabilisieren.



01.01.1986 Süderweiterung II
Spanien und Portugal treten der Gemeinschaft bei. Die EG umfasst jetzt zwölf Mitglieder.

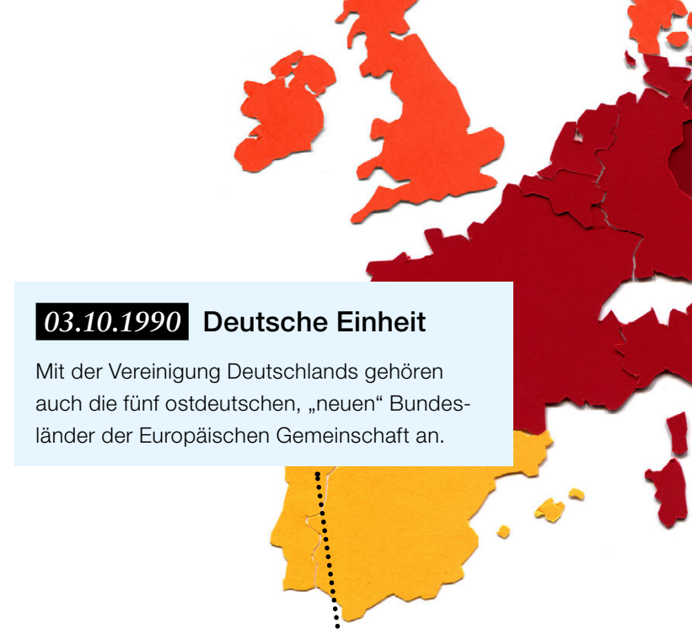
Die „Nelkenrevolution" (1974) beendet die Diktatur in Portugal. Auch Spanien erlebt nach dem Tod des Diktators Francisco Franco (1975) eine demokratische Entwicklung. 1977 stellen beide Länder einen Aufnahmeantrag. Die Beitrittsverhandlungen sind schwierig und langwierig, denn die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse auf der Iberischen Halbinsel unterscheiden sich grundlegend von denen in den „alten" EG-Staaten.

DIE WOLKE
SUPERGAU
ALLES VERSEUCHT

26.04.1986 Katastrophe von Tschernobyl
Ein Reaktor des sowjetischen Atomkraftwerks Tschernobyl explodiert. Eine radioaktive Wolke breitet sich über einen Teil Europas aus.

09.11.1989 Mauerfall in Berlin
In Berlin fällt die Mauer, das Symbol der Teilung Europas.

MAUERSPECHTE
Die MAUER MUSS WEG!

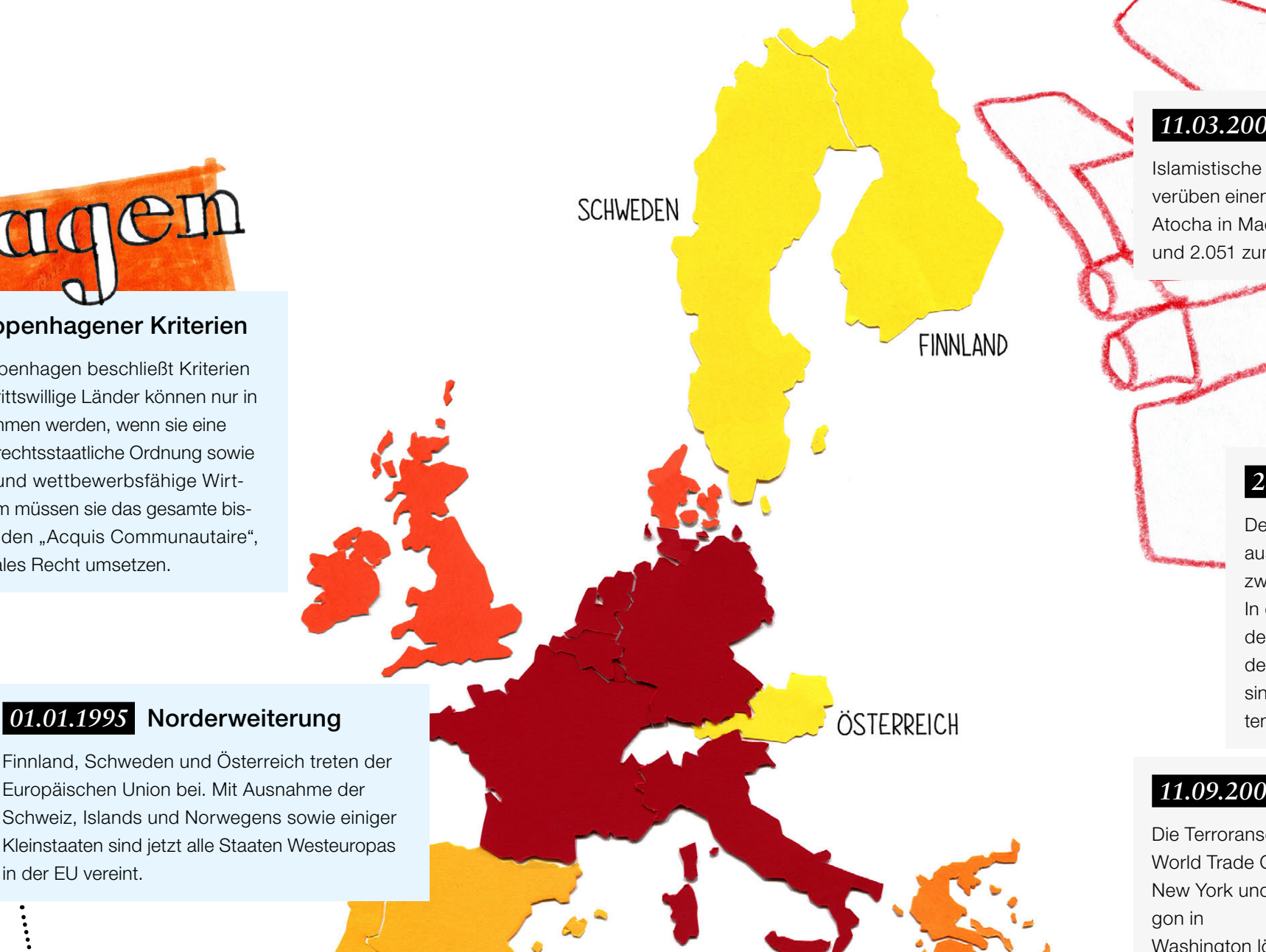


03.10.1990 Deutsche Einheit
Mit der Vereinigung Deutschlands gehören auch die fünf ostdeutschen „neuen" Bundesländer der Europäischen Gemeinschaft an.

Kopenhagen

21.–22.06.1993 Kopenhagener Kriterien
Der Europäische Rat in Kopenhagen beschließt Kriterien für den Beitritt zur EU. Beitrittswillige Länder können nur in die Gemeinschaft aufgenommen werden, wenn sie eine stabile demokratische und rechtsstaatliche Ordnung sowie eine marktwirtschaftliche und wettbewerbsfähige Wirtschaft aufweisen. Außerdem müssen sie das gesamte bisherige europäische Recht, den „Acquis Communautaire", übernehmen und in nationales Recht umsetzen.

1. Politik
2. Wirtschaft
3. Recht

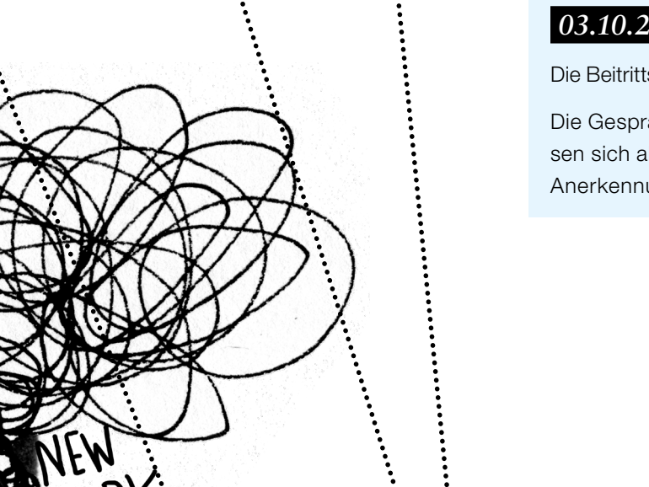


01.01.1995 Norderweiterung
Finnland, Schweden und Österreich treten der Europäischen Union bei. Mit Ausnahme der Schweiz, Islands und Norwegens sowie einiger Kleinstaaten sind jetzt alle Staaten Westeuropas in der EU vereint.

17.07.1995 Massaker von Srebrenica
In der Nähe von Srebrenica (Bosnien) werden 8.000 Männer und Jungen von der serbischen Armee getötet. Das Massaker von Srebrenica gilt als das schwerste Kriegsverbrechen in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs.

24.03.1999 Kosovokrieg
Die NATO führt (ohne UN-Mandat) einen Luftkrieg gegen Serbien zum Schutz der Albaner⚥ im Kosovo.

11.09.2001 9/11
Die Terroranschläge auf das World Trade Center in New York und auf das Pentagon in Washington lösen weltweit Entsetzen und Solidarisierung mit den USA aus.



20.03.2003 Irak-Krieg
Der von den USA und Großbritannien ausgelöste (zweite) Irak-Krieg entzweit die Europäischen Verbündeten. In der Frage einer Unterstützung des Irak-Kriegs und damit auch in der Außen- und Sicherheitspolitik sind die EU-Staaten zutiefst gespalten.

11.03.2004 Terroranschlag in Madrid
Islamistische Al-Qaida-Terroristen aus Marokko verüben einen Bombenanschlag am Bahnhof Atocha in Madrid, bei dem 191 Menschen sterben und 2.051 zum Teil schwer verletzt werden.

01.05.2004 Osterweiterung I
Die fünf mitteleuropäischen Staaten Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn, die drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen sowie die Mittelmeerinseln Malta und Zypern treten der Europäischen Union bei.

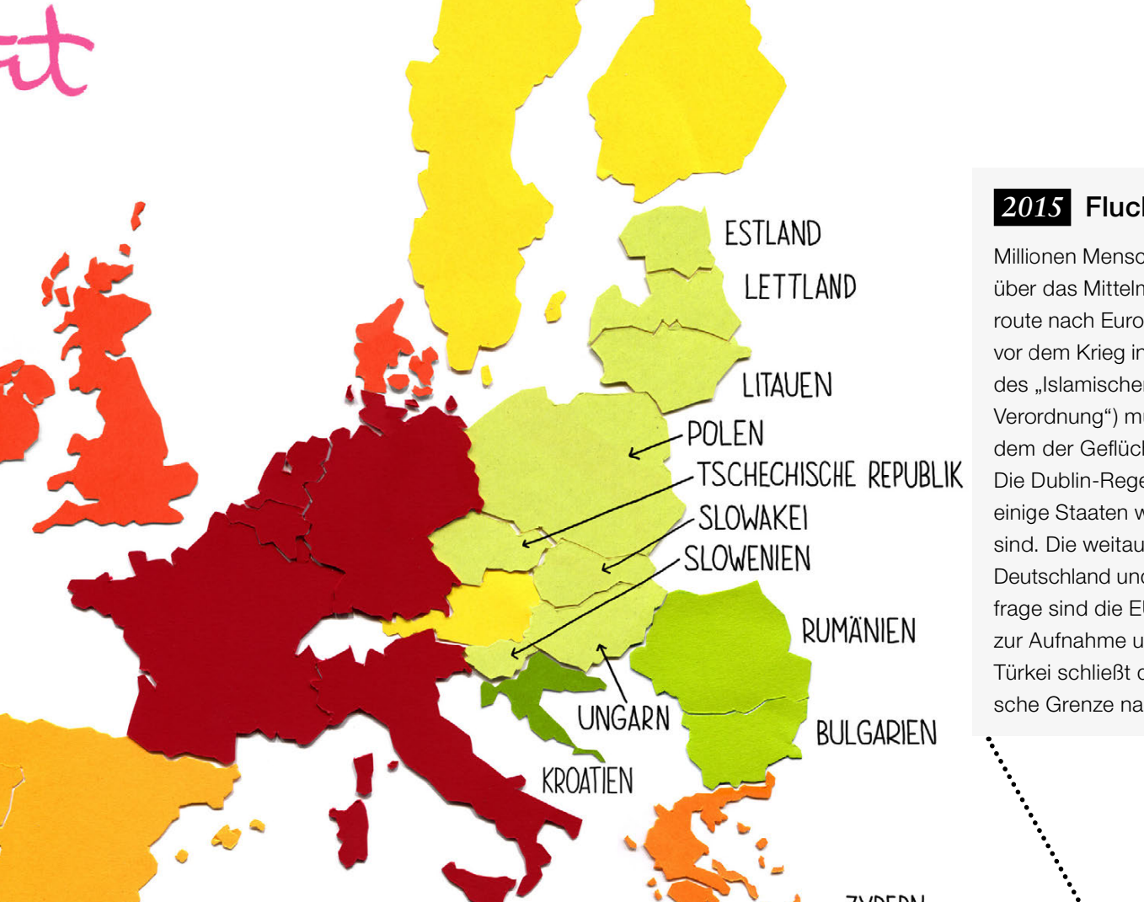
Mit der Osterweitung wird die Spaltung Europas in Ost und West endgültig überwunden. Die Staaten Ost- und Südosteuropas erhoffen sich von einem Beitritt politische Stabilität und wirtschaftlichen Wohlstand durch den Aufbau einer Marktwirtschaft und den Zugang zum europäischen Binnenmarkt.

LABAS RYTAS
Labrit
I- Għodwa t-Tajba
Dobré ráno
DOBRO JUTRO
DOBRO UTRO
Dzień dobry
bună dimineața
Jó reggelt
tere hommikust
kalimera

03.10.2005 Beitrittsverhandlungen mit der Türkei
Die Beitrittsverhandlungen werden aufgenommen.

Die Gespräche mit der Türkei über eine mögliche Mitgliedschaft erweisen sich als problembeladen (Streitpunkte sind unter anderem die Anerkennung Zyperns und Menschenrechtsfragen).

01.01.2007 Osterweiterung II
Bulgarien und Rumänien treten der Europäischen Union bei. Die EU umfasst jetzt 27 Staaten mit rund 500 Millionen Bürgern⚥.



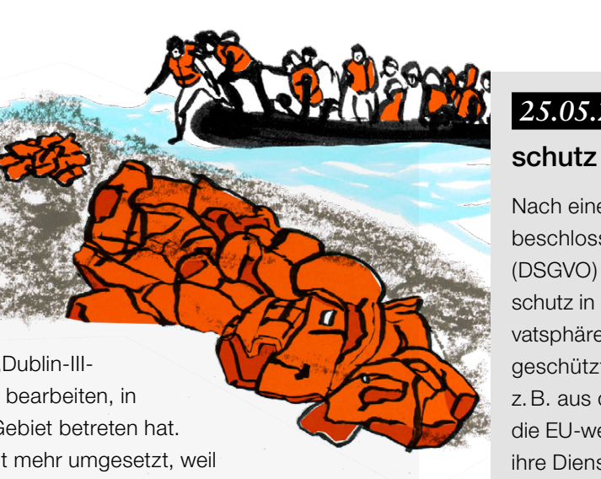
08.12.2008 Atalanta
Zur Bekämpfung der Piraterie vor der Küste Somalias startet die multinationale Militärmission der EU.

20.10.2011 Galileo
Die ersten beiden Satelliten für das europäische Navigationssystem „Galileo" starten ins All. Im Jahr 2020 soll das Galileo-System mit insgesamt 30 Navigationssatelliten einsatzbereit sein.

12.10.2012 60 Jahre Frieden in Europa
Die EU bekommt in Oslo den Friedensnobelpreis zugesprochen.

01.07.2013 Osterweiterung III
Kroatien tritt zum 01.07.2013 der Europäischen Union bei. Die EU besteht seither aus 28 Mitgliedstaaten.

BOG!



2015 Fluchtmigration
Millionen Menschen kommen über das Mittelmeer und die Balkanroute nach Europa. Die meisten fliehen vor dem Krieg in Syrien und dem Terror des „Islamischen Staates". Nach EU-Recht („Dublin-III-Verordnung") muss das Land den Asylantrag bearbeiten, in dem der Geflüchtete⚥ zum ersten Mal EU-Gebiet betreten hat. Die Dublin-Regelungen werden 2015 oft nicht mehr umgesetzt, weil einige Staaten wie z. B. Griechenland durch die große Zahl der Schutz suchenden Menschen überfordert sind. Die weitaus größte Gruppe der Schutz suchenden Menschen kommt nach Deutschland und beantragt dort Asyl (1,2 Mio. Anträge 2015/2016). In der Flüchtlingsfrage sind die EU-Länder zerstritten, sodass wirksame gemeinsame Lösungen u. a. zur Aufnahme und Verteilung der Asylsuchenden nicht gefunden werden. Mit der Türkei schließt die EU am 18.03.2016 ein Abkommen, das die Zahl der über die türkische Grenze nach Europa Fliehenden reduzieren soll.

13.11.2015 Terroranschläge in Paris
In Paris werden bei sechs Terroranschlägen 130 Menschen getötet und 683 zum Teil schwer verletzt. In der Folge ruft Frankreich erstmals die EU-Beistandsklausel (GSVP (Teil der GASP) sichern die EU-Staaten Frankreich ihre Solidarität im Kampf gegen den Terror zu. Der militärische Einsatz gegen den „Islamischen Staat", der sich zu den Anschlägen von Paris bekannt hat, wird verstärkt.

25.05.2018 Einheitlicher Datenschutz
Nach einer Übergangsfrist tritt die 2016 beschlossene Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) in Kraft. Mit ihr soll der Datenschutz in der EU vereinheitlicht und die Privatsphäre von Internetnutzern⚥ besser geschützt werden. Große Internetkonzerne, z. B. aus den USA, müssen sich nun an die EU-weiten Regeln halten, wenn sie dort ihre Dienste anbieten.

REMAIN
VOTE LEAVE

23.06.2016 Brexit-Referendum
Die Briten⚥ sind aufgerufen, sich für den Verbleib oder den Austritt aus der EU zu entscheiden. Die Abstimmung endet mit 51,9 % zugunsten des Austritts („Brexit"), der nach Artikel 50 des EU-Vertrags möglich ist. Am 29.03.2017 beantragt das Land den Austritt bei der EU. Es beginnt eine Frist von zwei Jahren, nach der die Mitgliedschaft endet. In Großbritannien kann jedoch zunächst keine Einigung darüber erzielt werden, wie die zukünftigen Beziehungen mit der EU gestaltet werden sollen. Daher wird der „Brexit" kurz vor Ende der Frist verschoben.

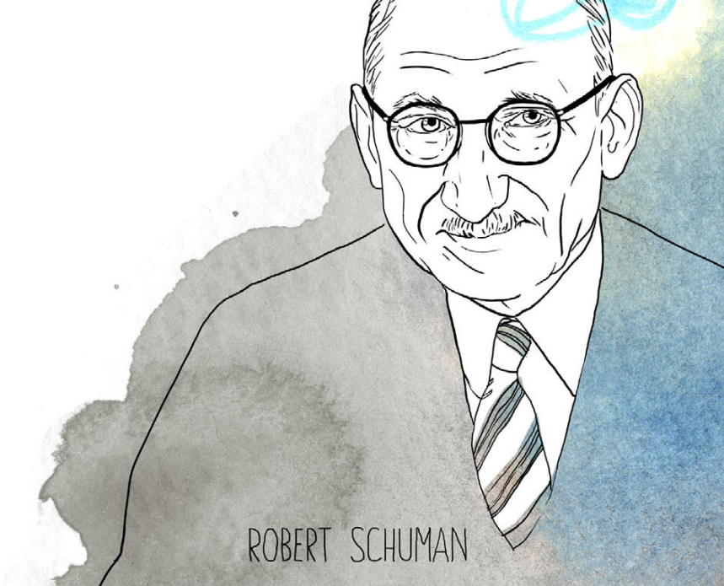
| |

1951–1972 Sechs Gründerstaaten · 1973–1980 Europa der Neun · 1981–1994 Europa der Zwölf · 1995–2004 Europa der 15 · 2004–2006 Europa der 25 · 2007–2013 Europa der 27 · ab 2013 Europa der 28

1945 · 1946 · 1947 · 1948 · 1949 · 1950 · 1951 · 1952 · 1953 · 1954 · 1955 · 1956 · 1957 · 1958 · 1959 · 1960 · 1961 · 1962 · 1963 · 1964 · 1965 · 1966 · 1967 · 1968 · 1969 · 1970 · 1971 · 1972 · 1973 · 1974 · 1975 · 1976 · 1977 · 1978 · 1979 · 1980 · 1981 · 1982 · 1983 · 1984 · 1985 · 1986 · 1987 · 1988 · 1989 · 1990 · 1991 · 1992 · 1993 · 1994 · 1995 · 1996 · 1997 · 1998 · 1999 · 2000 · 2001 · 2002 · 2003 · 2004 · 2005 · 2006 · 2007 · 2008 · 2009 · 2010 · 2011 · 2012 · 2013 · 2014 · 2015 · 2016 · 2017 · 2018 · 2019

Euro-Krise und „Rettungsschirme"

"We must build a kind of United States of Europe."
WINSTON CHURCHILL



09.05.1950 Schuman-Plan
Der französische Außenminister Robert Schuman schlägt die Bildung einer Montanunion vor: Die gesamte deutsche und französische Kohle- und Stahlproduktion soll einer gemeinsamen Aufsichtsbehörde unterstellt werden, die unabhängig von den Nationalstaaten eigene Entscheidungen treffen kann („Supranationalität", vgl. 23.07.1952). Grundlage ist die Überlegung, dass Staaten, die wirtschaftlich voneinander abhängig sind, sich vertragen (müssen) und ihre Konflikte mit friedlichen Mitteln lösen. Dies sollte nur der erste Schritt zum Aufbau eines vereinigten Europas sein. Der Schuman-Plan gilt als „Geburtsurkunde" der Europäischen Union; deshalb wird der 9. Mai als Europatag gefeiert.

23.07.1952 EGKS-Vertrag (Montanunion)
Die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) tritt in Kraft. Belgien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland, Italien, Luxemburg und die Niederlande haben vereinbart, die gesamte Kohle- und Stahlproduktion einer unabhängigen „Hohen Behörde" zu unterstellen (Pariser Vertrag vom 18. April 1951). Damit entsteht die erste supranationale (überstaatliche) Organisation in Europa.

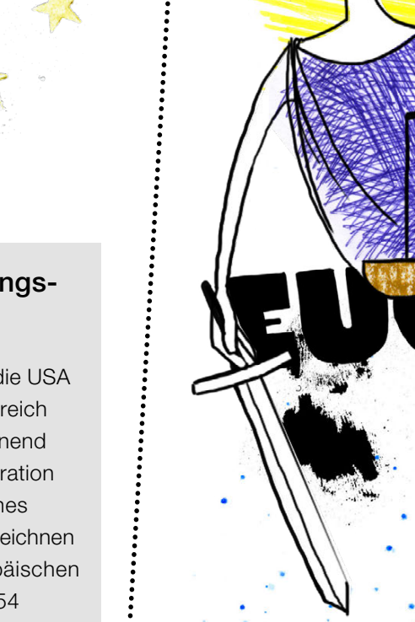
30.08.1954 Europäische Verteidigungsgemeinschaft scheitert
Nach dem Ausbruch des Korea-Kriegs drängen die USA auf einen Wehrbeitrag der Bundesrepublik. Frankreich steht der Wiederbewaffnung Deutschlands ablehnend gegenüber und schlägt als Kompromiss die Integration der deutschen Streitkräfte unter Einschluss eines wiederbewaffneten Deutschlands vor. 1954 unterzeichnen die sechs Gründerstaaten den Vertrag zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG). Am 30.08.1954 scheitert der Europa-Armee am Widerstand der französischen Nationalversammlung.

25.03.1957 Römische Verträge
Die sechs Gründerstaaten (vgl. 1951) unterzeichnen in Rom die Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschafts- und Atomgemeinschaft (EWG, EURATOM).

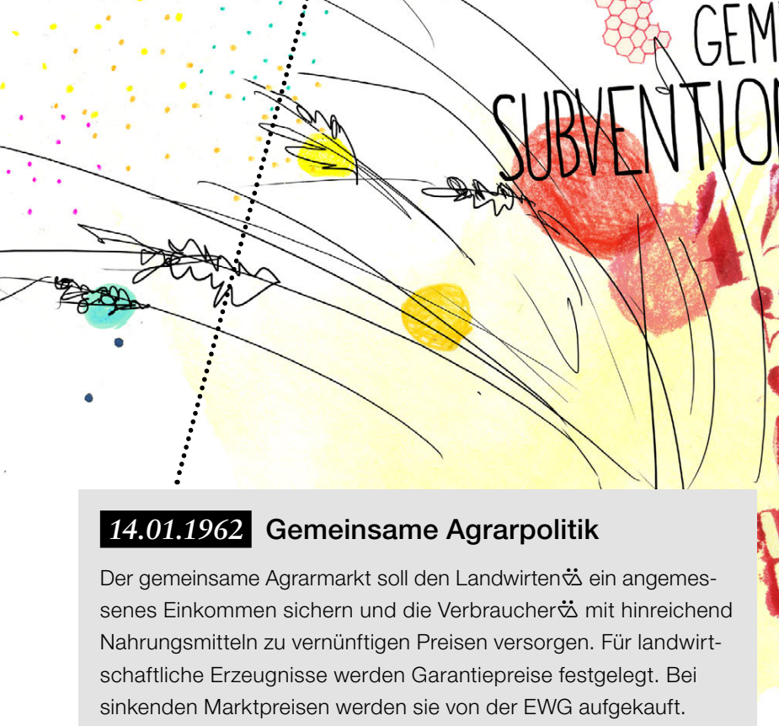
Ziel der wirtschaftlichen Integration ist die Schaffung eines gemeinsamen Marktes. Eine gemeinsame Zollunion wird vereinbart; alle Hindernisse für den freien Güter-, Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr sollen innerhalb der Sechsergemeinschaft beseitigt werden.

Die Europäische Atomgemeinschaft zielt auf den schnellen Ausbau der Kernindustrie, um den rasch wachsenden Energiebedarf zu decken und die Abhängigkeit vom Öl zu verringern.

~~Zoll~~
EWG WIRTSCHAFT
EURATOM ATOM



07.10.1958 Justiz
In Luxemburg wird der Europäische Gerichtshof (EuGH) errichtet.


GEMEINSAM! SUBVENTIONEN!

14.01.1962 Gemeinsame Agrarpolitik
Der gemeinsame Agrarmarkt soll den Landwirten⚥ ein angemessenes Einkommen sichern und die Verbraucher⚥ mit hinreichend Nahrungsmitteln zu vernünftigen Preisen versorgen. Für landwirtschaftliche Erzeugnisse werden Garantiepreise festgelegt. Bei sinkenden Marktpreisen werden sie von der EWG aufgekauft. Importabgaben und Exportsubventionen schützen die europäische Landwirtschaft vor der Konkurrenz auf dem Weltmarkt.

Wo bleibt EG denn?

01.07.1965 – 28.01.1966 „Politik des leeren Stuhls"
Der französische Staatspräsident de Gaulle lehnt Reformvorschläge zur Finanzierung der Gemeinsamen Agrarpolitik ab. Frankreich bleibt allen Sitzungen des Ministerrats fern und macht damit die europäischen Institutionen praktisch handlungsunfähig.

28./29.01.1966 Luxemburger Kompromiss
Die Krise der EWG infolge der französischen „Politik des leeren Stuhls" wird durch den Luxemburger Kompromiss beendet: Der Ministerrat kann zukünftig mit Mehrheit entscheiden, macht ein Mitglied jedoch „vitale nationale Interessen" geltend, soll sich das Gremium um eine einvernehmliche Lösung bemühen.

01.07.1967 Europäische Gemeinschaft
Das Fusionsabkommen vom 08.04.1965 tritt in Kraft: EGKS, EWG und EURATOM werden zur Europäischen Gemeinschaft (EG) zusammengelegt. Seither gibt es für alle drei „Gemeinschaften" einen gemeinsamen Ministerrat und eine gemeinsame Kommission.

01.07.1968 Zollunion verwirklicht
Die letzten Zölle innerhalb der EG verschwinden (ursprünglich für 31.12.1969 vorgesehen). Ein gemeinsamer EG-Außenzoll wird eingeführt.

EGKS + EWG + EURATOM =
EG

28.02.1975 Erstes Lomé-Abkommen
Die EG schließt in Lomé (Togo) mit 46 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten ein Handels- und Kooperationsabkommen. Es gewährt den Partnern Finanzhilfen und zollfreien Zugang zum europäischen Agrarmarkt. Heute ist die Entwicklungszusammenarbeit der EU auf 79 AKP-Staaten ausgedehnt (Vertrag von Cotonou, Benin, aus dem Jahre 2000, in Kraft bis 2020).

Reinheitsgebot
CASSIS
DIJON
L'HÉRITIER-GUYOT
16%
22%

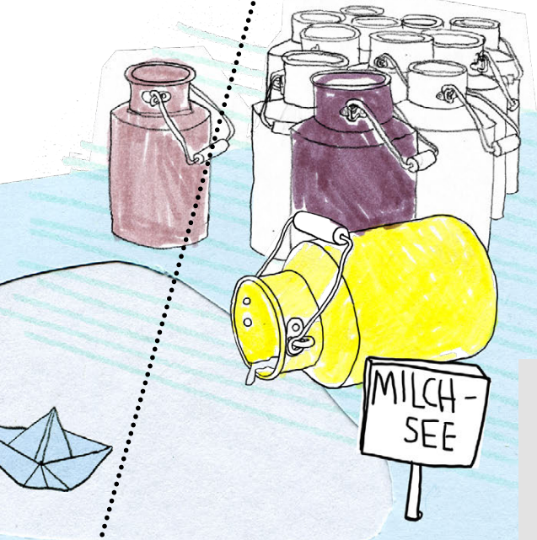
20.02.1979 Cassis-de-Dijon-Urteil
Die Lebensmittelkette Rewe klagt gegen das Verbot, einen französischen Johannisbeerlikör aus Dijon (Frankreich) zu importieren. Der EuGH hebt das Importverbot auf. Aus diesem Urteil wird das „Cassis-de-Dijon-Prinzip" abgeleitet: Es besagt, dass alle Produkte, die in einem EU-Mitgliedstaat zugelassen sind, auch in allen anderen Mitgliedstaaten uneingeschränkt verkauft werden dürfen. Die Freiheit des Warenverkehrs im Binnenmarkt darf nicht eingeschränkt werden, außer es bestehen schwerwiegende Bedenken des Gesundheits- und Umweltschutz betreffend.

13.03.1979 Europäisches Währungssystem
Das Europäische Währungssystem (EWS) tritt in Kraft. Es soll stabile Wechselkurse innerhalb der Gemeinschaft (ohne GB) garantieren. Dazu wird die Europäische Währungseinheit ECU (als Recheneinheit) eingeführt.

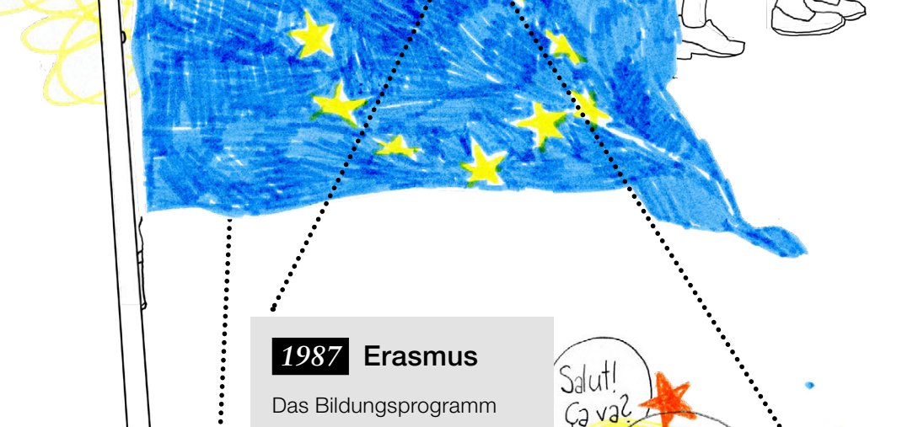
1 ECU =
0,6242 DEUTSCHE MARK
1,332 französischer Franc
0,08784 Britisches Pfund
151,8 italienische Lira
0,2198 niederländische Gulden
6,885 spanische Peseten
3,301 Belgischer Franc
0,1976 dänische Krone
0,008552 irisches Pfund
1,393 Portugisische Escudo
1,44 GRIECHISCHER DRACHMEN
0,13 Luxemburger Franc

07.–10.06.1979 Erste Europawahl
In den neun Mitgliedsländern wählen die Bürger⚥ erstmals ihre Europa-Abgeordneten. Seitdem ist das Europäische Parlament das einzige direkt von den Bürgern⚥ gewählte europäische Organ.

SIE haben die WAHL



1985 Butterberg
Die Preis- und Absatzgarantien der GAP veranlassen viele Bauern⚥, ihre Höfe zu Agrarfabriken auszubauen und weit mehr zu produzieren, als sich am Markt absetzen lässt. Die Überschüsse an Butter, Getreide und Fleisch türmen sich in den Lagerhallen der EG zu wahren „Bergen" auf. 1985 z. B. liegen 1 Million Tonnen Butter, 16 Millionen Tonnen Getreide, 870.000 Tonnen Rindfleisch und 520.000 Tonnen Magermilchpulver auf Halde.



29.05.1986 Europa-Flagge
Die EG übernimmt die Flagge des Europarats: Der Kreis der zwölf Sterne auf blauem Grund steht für Solidarität und Harmonie zwischen den Völkern Europas.

Salut! Ça va?
¡Hola! ¿Qué tal?

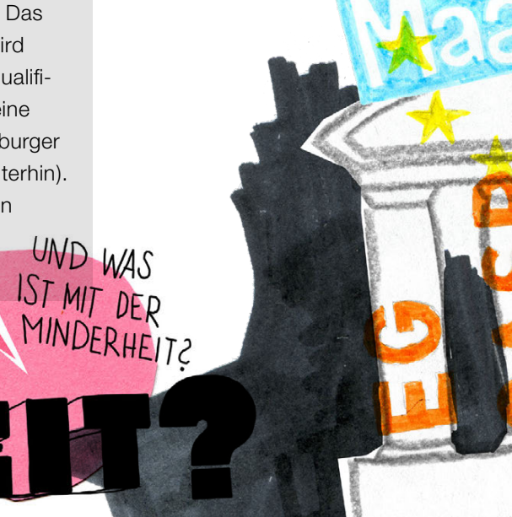
1987 Erasmus
Das Bildungsprogramm fördert den Austausch von Hochschullehrern⚥ und Studenten⚥ sowie die Zusammenarbeit von Hochschulen in Europa.

01.07.1987 Einheitliche Europäische Akte
Die Einheitliche Europäische Akte (EEA), ein umfassendes Reformprogramm, tritt in Kraft: Die Vollendung des Binnenmarkts bis zum 31.12.1992 wird vereinbart. Das lähmende Einstimmigkeitsprinzip wird überwunden; künftig genügt eine qualifizierte Mehrheit im Ministerrat, um eine Entscheidung zu treffen (der Luxemburger Kompromiss von 1966 gilt aber weiterhin). Das Europäische Parlament erhält in bestimmten Bereichen ein Mitentscheidungsrecht.

UND WAS IST MIT DER MINDERHEIT?
Was ist MEHRHEIT?

~~GAST~~ ARBEITER
Gino's Gelati
Eis

01.01.1993 Binnenmarkt vollendet
Der gemeinsame Markt ohne Binnengrenzen wird verwirklicht. Der freie Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Kapital und Personen innerhalb der Gemeinschaft ist gewährleistet. Die „vier Freiheiten" sollen den Wettbewerb unter den EG-Staaten stärken und den Wohlstand fördern.



01.11.1993 Maastricht und EU
Der Vertrag von Maastricht tritt in Kraft und etabliert eine „Europäische Union", die sich aus drei Säulen zusammensetzt: der EG, der GASP und der ZJIP. Die wichtigste Neuerung ist die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion mit der Einführung des Euro. Neu eingeführt wird die Unionsbürgerschaft mit EU-weitem Aufenthaltsrecht und Wahlrecht bei Kommunal- und Europawahlen. Eine Reihe von Bestimmungen sollen die Handlungsfähigkeit der EU nach außen und die Zusammenarbeit innerhalb der Union verbessern.

AN DER GRENZE NACH ÖSTERREICH MUSSTEN WIR FRÜHER IMMER LANGE WARTEN. DANN GAB ES BUTTERBROTE UND LIMO.

26.03.1995 Schengener Abkommen
Die am 14.06.1985 in Schengen (Luxemburg) getroffene Vereinbarung tritt in Kraft: An den Grenzen zwischen den Benelux-Staaten, Deutschland, Frankreich, Spanien und Portugal werden keine Personenkontrollen mehr durchgeführt.

Die Kontrolle der Außengrenzen wird vereinheitlicht und verstärkt, die polizeiliche Zusammenarbeit ausgebaut. Mittlerweile umfasst der Schengen-Raum alle EU-Staaten (ohne GB und Irland) sowie Norwegen, Island und die Schweiz.

EURO-STARTERKIT

01.01.1999 Währungsunion
Die Wirtschafts- und Währungsunion startet. Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, die Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien führen den Euro als offizielle Währung ein. Die Europäische Zentralbank (EZB) nimmt in Frankfurt ihre Arbeit auf: Das vorrangige Ziel ist es, die Preisstabilität im Euroraum zu gewährleisten.

Amsterdam

01.05.1999 Vertrag von Amsterdam
Der Vertrag von Amsterdam tritt in Kraft. Ziel ist die Reform der EU-Institutionen zur Vorbereitung auf den Beitritt neuer Mitgliedstaaten.

MEHR MACHT FÜR DAS PARLAMENT

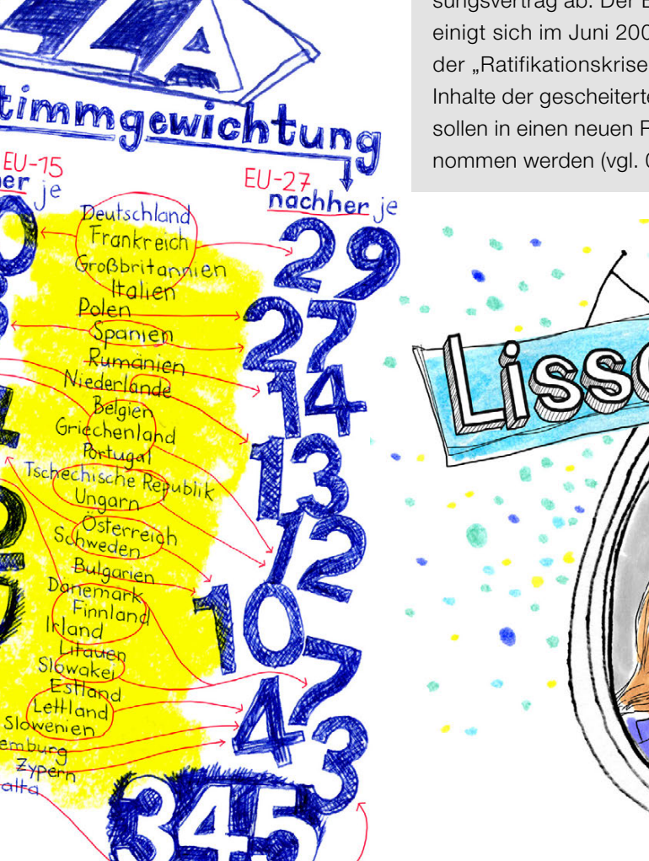
01.07.1999 Europol
Das europäische Polizeiamt nimmt seine Arbeit auf. Ziel ist eine verbesserte Zusammenarbeit der nationalen Polizeibehörden, um die international organisierte Kriminalität zu bekämpfen.

HOHER VERTRETER FÜR DIE GEMEINSAME AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK
JAVIER SOLANA 1999–2009

01.01.2002 Euro-Bargeld
Mit der Einführung von Euro-Banknoten und -Münzen ist die letzte Stufe der Währungsunion erreicht. Der Euro wird in zwölf EU-Staaten alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel.

01.02.2003 Vertrag von Nizza
Der Vertrag von Nizza tritt in Kraft. Wichtigste Neuerungen: Bestimmungen über geänderte Zusammensetzung der Kommission und neue Stimmengewichtung im Ministerrat (ab November 2004).

NIZZA



NEE! NON!

21.–23.6.2007 Europäische Verfassung gescheitert
Der „Vertrag über eine Verfassung für Europa" wurde schon am 29.10.2004 in Rom von den Staats- und Regierungschefs feierlich unterzeichnet. Die „Verfassung" sollte die stark vergrößerte Union handlungsfähiger, transparenter und bürgernäher machen.

Die Franzosen⚥ und Niederländer⚥ lehnen in Volksabstimmungen den Verfassungsvertrag ab. Der Europäische Rat einigt sich im Juni 2007 auf eine Lösung der „Ratifikationskrise": Wesentliche Inhalte der gescheiterten „EU-Verfassung" sollen in einen neuen Reformvertrag übernommen werden (vgl. 01.12.2009).

„EU-AUSSENMINISTERIN"
FEDERICA MOGHERINI (SEIT 2014)

15.09.2008 Lehman-Pleite und Finanzkrise
Die Insolvenz der US-Investmentbank „Lehman Brothers" erschüttert das weltweite Finanzsystem. Das Platzen der „Spekulationsblase" auf dem amerikanischen Immobilienmarkt führt zu einer globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. Die EU-Staaten gewähren Notkredite zur Rettung „systemrelevanter" Banken.

01.12.2009 Vertrag von Lissabon
Der Vertrag von Lissabon tritt in Kraft. Nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags soll der neue Reformvertrag die EU effizienter, demokratischer und bürgernäher gestalten. Dazu werden die Rechte des Europäischen Parlaments gestärkt und die Abstimmungsregeln in der Union geändert. Für EU-Gesetze wird ab 2014 eine doppelte Mehrheit (der Mitgliedstaaten und der Bevölkerung) maßgeblich sein.

Ein „Hoher Vertreter für die Europäische Union für die Außen- und Sicherheitspolitik" und ein Präsident des Europäischen Rates treten ihr Amt an.

02.05.2010 „Euro-Rettungsschirme"
Wegen der drohenden Zahlungsunfähigkeit erhält Griechenland als erstes Land eine EU-Finanzhilfe in Höhe von 110 Milliarden Euro. In der Folge beantragen auch Irland, Portugal und Spanien Finanzhilfen von der EU und dem IWF. Die EU-Finanzminister⚥ beschließen Hilfsmaßnahmen, sogenannte „Rettungsschirme", für überschuldete Länder, um die Stabilität des Euro zu retten und ein Auseinanderbrechen der Euro-Zone zu verhindern. Im August 2018 verlässt Griechenland als vorläufig letztes Land den „Rettungsschirm" ESM (vgl. 23.01.2012).

10.05.2010 EZB kauft Anleihen
Die Europäische Zentralbank kauft erstmals Staatsanleihen von kriselnden Euroländern, um zu verhindern, dass diese ihre Schulden immer weiter steigen. Im September 2012 verkündete der EZB-Präsident Mario Draghi, die europäische Notenbank werde notfalls unbegrenzt Staatsanleihen kaufen, um den Euro zu stützen.

110 Milliarden = 110.000.000.000

09.12.2011 Fiskalpakt
Als Antwort auf die fortdauernde Schuldenkrise beschließen die EU-Länder (ohne GB und Tschechien) einen Fiskalpakt: Sie verpflichten sich ab 2013 zu ausgeglichenen Haushalten (keine oder sehr geringe Neuverschuldung). Die Einhaltung der „Schuldenbremse" wird von der Europäischen Kommission überwacht.

23.01.2012 Europäischer Stabilitätsmechanismus
Nachdem im Jahr 2010 bereits verschiedene Rettungspakete geschnürt wurden, einigen sich die Euroländer auf einen dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Er stellt Euro-Ländern, die in finanziellen Schwierigkeiten sind, Kredite zu günstigen Zinsen zur Verfügung, wenn sie entsprechende Sparauflagen erfüllen.

STOP
ES REICHT!

Wir zahlen nicht für eure Krise!

15.06.2017 Abschaffung des „Roamings"
Wer im EU-Ausland den Mobilfunk für Verbindungen ins Heimatnetz oder in andere EU-Länder benutzt, muss ab sofort keine zusätzlichen („Roaming"-)Gebühren mehr zahlen.

11.12.2017 Militärische Zusammenarbeit
25 EU-Mitgliedsstaaten beschließen eine „Ständige strukturierte Zusammenarbeit" (engl. PESCO) im Verteidigungsbereich. Ziel ist es, militärisch stärker zusammenzuarbeiten, Rüstungsprojekte gemeinsam umzusetzen und auf Krisen besser reagieren zu können.

2017/2018 Verfahren gegen Mitgliedsländer
Am 22.12.2017 eröffnet die EU-Kommission ein Rechtsstaatsverfahren gegen Polen. Die dortigen Justizreformen seien mit der Unabhängigkeit der Justiz und dem Prinzip der Gewaltenteilung nicht vereinbar.

Weil es die rechtsstaatlichen Prinzipien in Ungarn gefährdet sieht, bringt das EU-Parlament am 12.09.2018 ein Rechtsstaatsverfahren auf den Weg. Die Regierung von Ministerpräsident Orbán beschränke u. a. die Meinungsfreiheit, gehe gegen Nichtregierungsorganisationen vor und schwäche das Justizsystem.

Je nach Ausgang der Verfahren drohen den Ländern Strafen bis hin zum Entzug von Stimmrechten in der EU.

— Legende

Zeichenerklärung:
⚥ = steht für die weibliche Form des vorangehenden Begriffs

Farberklärung:
□ Hellblau = EU-Beitritte bzw. EU-Austritt
▨ Grau = Etappen der Entwicklung der EG/EU (Vertiefung der Gemeinschaft, Verträge und ihre Inhalte/Ziele/Folgen)
□ Hellgrau = Sonstige europäische Einrichtungen oder wichtige Ereignisse von europäischer Tragweite

Abkürzungen:
AKP = Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten
Benelux = Belgien, Niederlande, Luxemburg
EAG/EURATOM = Europäische Atomgemeinschaft
EEA = Einheitliche Europäische Akte
EFTA = Europäische Freihandelszone
EG = Europäische Gemeinschaft
EGKS = Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ESM = Europäischer Stabilitätsmechanismus
EU = Europäische Union
EuGH = Europäischer Gerichtshof
EVG = Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG = Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWS = Europäisches Währungssystem
EZB = Europäische Zentralbank
GAP = Gemeinsame Agrarpolitik
GASP = Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GSVP = Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik
IWF = Internationaler Währungsfonds
KSZE = Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
NATO = North Atlantic Treaty Organization (Nordatlantisches Verteidigungsbündnis)
PESCO = Permanent Structured Cooperation
UN = United Nations (Vereinte Nationen)
WEU = Westeuropäische Union
ZJIP = Zusammenarbeit in Justiz und Innenpolitik

— Impressum

— *Herausgeberin:* Bundeszentrale für politische Bildung/bpb, Adenauerallee 86, 53113 Bonn, www.bpb.de
— *Autor:* Bruno Zandonella, Stuttgart
— *Englische Übersetzung:* Martin Eiermann, London; David Thorne, Bornheim
— *Redaktion:* Peter Schuller (verantwortlich), Katrin Müller (beide bpb)
— *Redaktionelle Mitarbeit:* Christoph Rasemann, Frankfurt a. M.
— *Gestaltung und Illustrationen:* Leitwerk. Büro für Kommunikation, Köln
— *Druck:* C4 Security Print Systems GmbH

— *Urheberrechte:* Text und Illustrationen sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

— *Redaktionsschluss dieser Auflage:* März 2019, Bestell-Nr. 5433, als PDF verfügbar unter www.bpb.de/falter

— *Hinweis*
Diese Zeitleiste erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Nach sorgfältiger Prüfung wurden die wichtigsten Ereignisse, die die Europäische Union und ihr Umfeld betreffen, ausgewählt.